

Redebeitrag

Josef Neumann MdL

Mitglied im Kongress der Gemeinden und Regionen beim Europarat

anlässlich des Workshops

"Including People with Disabilities in Disaster Preparedness and Response"

vom 22. – 23. Oktober 2013 in Paris

Inklusion schafft Teilhabe und hilft Leben zu retten!

"Nichts ohne uns über uns - Menschen mit Behinderungen sind Experten in eigener Sache"

Sehr geehrte Damen und Herren,

In vielen Lebensbereichen der europäischen Gesellschaften leben Menschen mit Behinderungen nach wie vor in Segregation und des Gedankens eines fürsorgenden Staates. Sie leben sehr oft in geschlossenen Systemen der Einrichtungen oder ähnlicher Institutionen.

Mit der Unterzeichnung der UN - Behindertenrechtskonvention durch die Vereinten Nationen und deren Ratifizierung durch die Einzelstaaten gilt es jetzt die Rechte der Menschen mit Behinderungen in die Lebenspraxis umzusetzen. Dabei werden nur Appelle an eine Umsetzung der Konvention wenig bewirken. Es gilt jetzt den erforderlichen Paradigmenwechsel von der Segregation zur Inklusion umzusetzen. Es muss durch konkrete Aktionspläne und Maßnahmen ein prozessorientierter Weg zur Umsetzung der Inklusion verbindlich geschaffen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nun komme ich zum eigentlichen Thema unserer zweitägigen Konferenz und der Herausforderung Menschen mit Behinderungen im Katastrophenfall zu schützen und einen Weg aufzuzeigen wie dies in Europa machbar ist. Dabei ist für mich die Inklusion der wichtigste Beitrag zur Lösung der Herausforderung.

Menschen mit Behinderungen werden "versorgt und betreut". Sie werden in der Regel an der Planung, Gestaltung und Umsetzung ihres Lebensalltags nicht beteiligt. Sie lernen in speziellen Schulen, leben in Wohnheimen und arbeiten in Werkstätten oder Tageseinrichtungen.

Die dort vorhandenen Strukturen werden von anderen geplant, vorgegeben und umgesetzt. Dies gilt natürlich und insbesondere auch für alle Fragen der Sicherheit und Gesundheit:

Unfallverhütungsmaßnahmen, Arbeitssicherheit, Brandschutz und natürlich auch der Katastrophenschutz werden vorgegeben. Eine Beteiligung oder Mitwirkung der Menschen mit Behinderungen an den Maßnahmen ist eine Ausnahme und nicht die Regel.

Erlauben Sie, dass ich Ihnen anhand der Vorgehensweise in meinem Bundesland Nordrhein - Westfalen in Deutschland, ein Beispiel für einen Ansatz zur Umsetzung der Inklusion vorstelle.

In Nordrhein - Westfalen leben rund 18 Millionen Menschen. Die Zahl der Menschen mit Behinderung beträgt rund 2,7 Millionen, davon 1,7 Millionen Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung. Nicht erfasst sind viele Menschen mit psychischen Erkrankungen, die entweder keine Anerkennung als Behinderte haben oder haben wollen.

Die Landesregierung unseres Bundeslandes hat im Sommer 2012 einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN - BRK beschlossen, der die Umsetzung von mehr als 100 Maßnahmen in den nächsten 10 Jahren vorsieht.

Maxime des Aktionsplanes: " Eine Gesellschaft für alle - NRW inklusiv ", ist die Beteiligung der Menschen mit Behinderungen. Das Motto "Nichts ohne uns über uns" und die Anerkennung als "Experten in eigener Sache", ist eine Kultur des neuen Denkens und Handeln bei der Umsetzung dieses Aktionsplans.

Ein für die Umsetzung dieses Aktionsplanes geschaffener "Inklusionsbeirat" nutzt das "Empowerment" der Menschen mit Behinderungen und ihrer Organisationen.

Wir machen eine Normenprüfung aller Landesgesetze und Verordnungen, die der Umsetzung der Inklusion entgegenstehen.

Dazu gehören Gesetze, wie z.B. die Baugesetze, das Bildungssystem, das Gesundheitswesen, der Arbeitsmarkt, Wohn - und Quartiersstruktur, die Hochschulen, Sport, Kultur, Freizeit, Ehrenamt und vieles mehr.

In der Segregation gibt es ein Spezialistentum. Inklusion bedeutet mehr Wissen über Behinderungen, auch für die Mehrheitsgesellschaft.

Solange Ärzte, Architekten, Ingenieure, Feuerwehrleute, Pflegepersonal, Stadtplaner und viele andere Fachleute nur am Rande etwas über Behinderungen erfahren, solange können sie auch kein inklusives Bewusstsein und Handeln vollziehen.

Dies wird dann wiederum zum Problem bei der Planung und Organisation der Lebenswelten behinderter Menschen. Das konzentrierte wohnen und arbeiten von Menschen mit Behinderungen ist für Sicherheit und Gesundheitsschutz immer eine Herausforderung.

Inklusion schafft die Voraussetzung für den Umbau zu inklusiven und barrierefreien Quartieren. Ein barrierefreies Quartier und Wohnumfeld ist nicht nur für Menschen mit Behinderung gut, sondern auch für alte Menschen oder Familien mit Kindern. Damit schafft inklusive Barrierefreiheit auch Platz und Raum, den wir z.B. im Brandfall so dringend benötigen.

In den Organisationen und Verbänden, die im Falle einer Katastrophe zum Einsatz kommen:

Feuerwehren, Rotes Kreuz, Technische Hilfswerke und andere, sollten auch Menschen mit Behinderungen, die es wollen, ein ehrenamtliches Engagement ermöglicht werden. Dabei erlangen alle Beteiligten mehr Wissen und Verständnis über und für einander.

Das Planen und umsetzen von Sicherheitsstandards muss den Behinderungsformen angepasst werden. Schwerhörige Menschen brauchen andere Brandschutzmaßnahmen, als blinde Menschen. Der demografische Wandel stellt weitere Herausforderungen an alle vorhandenen Systeme.

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ermöglicht und fordert die Beteiligung und Entscheidungskompetenz an Partizipationsprozessen. Diese müssen im Sinne des Empowerments genutzt werden.

Der Katastrophenplan und der Katastrophenschutz dürfen nicht erst im Ernstfall sichtbar werden.

Eine inklusive Gesellschaft für Alle, schafft Chancen und Perspektiven für alle Menschen!

Alle Beteiligten und Verantwortlichen für den Schutz des Lebens im Katastrophenfall sollten sich öffnen und die Menschen mit Behinderungen als Experten in eigener Sache in den Prozess einbeziehen.

Ein inklusiver Aktionsplan für die Planung bei Katastrophen ist sinnvoll und notwendig!